

BastA!

Basels starke Alternative

Jahresbericht 2020

„Ändere die Welt, sie braucht es!“

Bert Brecht

An dieser Stelle möchten wir herzlich Danke für euer finanzielles und personelles Engagement sagen. Ohne euch wären die Erfolge des Wahljahres nicht möglich gewesen. Auch die Arbeit aus den Vorjahren trägt Früchte. Eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre wird es sein, an einem klimaGERECHTEN Basel zu arbeiten. Dafür werden wir um jede noch so kleine kantonale Reform ringen, im Blick behaltend, dass die globale Frage (Öko)Sozialismus oder Untergang lautet.

Herzlichen Dank dafür!

Heidi Mück & Sina Deiss
Co-Präsidentinnen Basta!

Impressum: Jahresbericht 2020. Herausgeber: Förderverein Basta!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint 1x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Heidi Mück, Sina Deiss, Tonja Zürcher, Hansjörg Fasnacht, Martin Flückiger, Patrick Vögelin, Mike Gosteli, Pierre-Alain Niklaus, Franziska Stier | Druck: Rumzeis Basel

Inhaltsverzeichnis

1	BERICHT DES CO-PRÄSIDIUMS.....	3
2	BERICHT DER KOORDINATION.....	5
2.1	Thematische Schwerpunkte	5
	Wahlen unter erschwerten Bedingungen.....	5
	Repression: ein Dauerbrenner.....	6
	Wohnpolitik: Massenkündigungen noch und noch	7
	Hafenbecken 3	7
2.2	Vernehmlassungen.....	8
2.3	Veranstaltungen	8
2.4	Arbeitsgruppen	9
	AG Bildung.....	9
	AG Struktur.....	9
2.5	Was sonst noch geschah	9
2.6	Mitgliederentwicklung.....	10
2.7	Finanzen.....	10
3	RÜCKBLICK AUF DAS GROSSRATSJAHR 2020.....	13
	Umzug in die Messe	13
	Corona Hilfen	13
	Geschlossene Grenzen	14
	Wohnschutz Paket & Recht auf Wohnen	14
	Weitere wichtige Entscheide.....	15
	Wahlen.....	16
	Übersicht über 2020 eingereichte Vorstösse (ohne Interpellationen und schriftliche Anfragen)	17
	Oliver Bolliger	17
	Beat Leuthardt	17
	Beatrice Messerli.....	18
	Tonja Zürcher	18
4	BERICHT AUS DEM BÜRGERGEMEINDERAT	18
	Einbürgerungen.....	18
	Corona.....	19
	Klimaschutz	19
5	BERICHT AUS DEM EINWOHNERRAT RIEHEN	19
6	BERICHT AUS DEM NATIONALRAT	20

1 BERICHT DES CO-PRÄSIDIUMS

Es war ein intensives Jahr für BastA!; Die Pandemie hielt uns auf Trab, Gross- und Regierungsratswahlen standen an und wichtige politische Geschäfte kamen aufs Tapet. Eine der wichtigen Aufgaben des Co-Präsidiiums ist die Vertretung der Partei nach Aussen. Aber in diesem Jahr war vieles anders und vieles, was wir uns gewohnt waren, war so nicht mehr möglich. Es gab kaum Versammlungen, Anlässe oder Medienkonferenzen, der Grosse Rat musste zu Beginn der Pandemie abgesagt werden und Aktionen auf der Strasse waren selten. Gemeinsam mit dem Sekretariat hat das Co-Präsidium die Umstellung auf virtuelle Sitzungen und Mitgliederanlässe aufgegleist. Zusammen mit dem Ausschuss und dem Sekretariat wurden die anstehenden politischen Geschäfte so aufbereitet, dass die Koordination und gegebenenfalls die Mitgliederversammlung basierend auf fundierten Grundlagen ihre Diskussionen führen und Entscheide fällen konnten.

In einem Wahljahr sind die Kontakte zu nahestehenden Organisationen und Parteien naturgemäss intensiv. Das Jahr 2020 war da keine Ausnahme. Nachdem die Grünen mehrfach den Beschluss einer gemeinsamen Liste für die Grossratswahlen wieder in Fragen gestellt hatten und sich erst relativ spät definitiv zum gemeinsamen Wahlkampf entscheiden konnten, musste die Wahlkampagne unter grossem Zeitdruck geplant werden. Das Co-Präsidium arbeitete in der Folge in der Kerngruppe mit, die den Wahlkampf inhaltlich und auch bezüglich der visuellen Kommunikationsformen diskutierte und entschied.

Die Grossratswahlen waren für BastA! erfolgreich, konnten doch zwei Sitze dazu gewonnen werden und das Co-Präsidium ist nun wieder im Grossen Rat vertreten. Auch wenn die Kandidatur für den zweiten Wahlgang der Regierungsratswahlen nicht den erhofften Erfolg brachte, so gelang es doch, im kurzen, heftigen aber lustvollen geführten Wahlkampf unsere Inhaltsschwerpunkte auf die politische Agenda zu bringen.

Auch ausserhalb des Wahlkampfs sorgte das Co-Präsidium für die Sichtbarkeit unserer Themen, so zum Beispiel bei der Organisation des Hauses der Politik zum Thema Rheinhafen. Die frühzeitige und fundierte Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des geplanten Hafenausbaus in naturschützerischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht sorgte letztendlich dafür, dass BastA! sich für das

Referendum gegen den Bau des neuen Hafenbeckens entschied und sich auch entsprechend stark im Abstimmungskampf engagierte.

Auch bei der Wohnpolitik war das Co-Präsidium aktiv und äusserte sich immer wieder kritisch zu den Massenkündigungen und zum mangelnden Schutz für Mieter*innen vor rendite-hungrigen Inverstoren. Auch beim Referendum gegen das völlig missglückte „Wohnschutzgesetz“ das vom Regierungsrat vorgeschlagen und von der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat noch verschlechtert wurde, engagierten sich die Co-Präsidentinnen und vertraten die Haltung von BastA! in der Öffentlichkeit. Des weiteren ist das Co-Präsidium gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe dabei, die Statuen der Partei zu erneuern. Denn BastA! wächst und jedes Jahr kommen neue Mitglieder dazu. Es ist uns wichtig, das Know How und die Power der neuen Mitglieder einzubinden und als Partei partizipativ bleiben.

Aus dem gleichen Grund haben wir auch damit begonnen, die verschiedenen Mandate (Schulkommissionen, Richterstellen, sonstige Fachkommissionen etc.), die BastA! zu vergeben hat, systematisch zu bewirtschaften und die Mandatsträger*innen enger zu begleiten.

Es war ein intensives, aber durchaus auch ein erfolgreiches Jahr für BastA!

Heidi Mück & Sina Deiss

2. BERICHT DER KOORDINATION

2.1 Thematische Schwerpunkte

Das Jahr 2020 wird uns allen noch lange in Erinnerung bleiben. Die Corona-Pandemie hat unseren Alltag geprägt. Das öffentliche Leben wurde stark eingeschränkt, kam zeitweise fast zum Erliegen. Veranstaltungen waren nur noch unter strengen Auflagen oder gar nicht mehr erlaubt. Die Langzeitfolgen des Lockdowns sind zurzeit noch kaum abschätzbar. Was sich aber bereits deutlich abzeichnet: Menschen in prekären Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnissen trifft die Pandemie besonders hart. Die Aufarbeitung dieses verrückten Jahres, das so viele Fragen aufgeworfen hat, wird uns auch künftig noch beschäftigen.

Wahlen unter erschwerten Bedingungen

Im Berichtsjahr standen bekanntlich Gesamterneuerungswahlen an. Spannend war die Ausgangslage bei den Regierungsratswahlen. Bei den Bürgerlichen galt der Sitz von Baschi Dürr als gefährdet, und auf linker Seite mussten zwei Sitze der Sozialdemokrat*innen neu besetzt werden. BastA! entschied, mit einer Co-Kandidatur ins Rennen zu steigen und so ein altes feministisches Anliegen – die Neuverteilung von Macht, Zeit und Geld – zu thematisieren. Bei unseren Bündnispartnern SP und Grüne stiess diese Idee allerdings auf wenig Gegenliebe. Am Schluss blieb uns nur die Wahl, entweder klein beizugeben und mit einer Einerkandidatur auf der gemeinsamen 5er-Liste zu kandidieren, ganz auf eine Kandidatur zu verzichten oder an der Co-Kandidatur festzuhalten und mit einer eigenen Liste anzutreten. Eine Mehrheit unserer Mitglieder wollte das links-grüne Wahlbündnis nicht gefährden und entschied, im ersten Wahlgang auf eine Kandidatur zu verzichten.

Es kam dann anders, als erwartet. Elisabeth Ackermann erzielte im ersten Wahlgang ein so schlechtes Ergebnis, dass sie sich für den zweiten Wahlgang aus dem Rennen nahm. Heidi Mück stellte sich zur Verfügung, mit dem Ziel, die links-grüne Mehrheit zu erhalten. Sie hatte einen schweren Stand. Die Basler Zeitung startete eine schmutzige, ja verleumderische Kampagne, in der sie unsere Kandidatin des Antisemitismus bezichtigte – für alle, die Heidi kennen, eine völlig absurde Unterstellung. Dass Heidi nicht gewählt wurde, war unter diesen Umständen nicht sonderlich überraschend. Aber sie hat ein ansprechendes

Resultat erzielt, eine engagierte Wahlkampagne geführt und war eine gute Botschafterin für unsere Anliegen. Und noch etwas bleibt anzufügen: Auch wenn es im ersten Anlauf nicht geklappt hat, ist die Idee einer Co-Kandidatur für uns noch lange nicht gestorben.

Bei den Grossratswahlen konnte das Bündnis Grüne, BastA! und jgb deutlich zulegen. BastA! ist nun mit 6 Mitgliedern im Grossen Rat präsent. Unsere Fraktion, aber auch der Grosse Rat insgesamt ist jünger und weiblicher geworden.

Repression: ein Dauerbrenner

Absurde Strafbefehle flatterten 4 Aktivist*innen ins Haus, die eine Online-Demo vom March against Syngenta in Szene setzten. Zu viert demonstrierten sie auf Basels Strassen, und übertrugen ihre Mini-Demo per Live-Stream ins Internet, wo Interessierte das Geschehen mitverfolgen konnten. Auf ihrer Route wurden sie zweimal von der Polizei kontrolliert, was natürlich im Live-Stream auch zu sehen war. Das führte schliesslich zu Strafbefehlen wegen „Anstiftung zur Hinderung einer Amtshandlung, Widerhandlung gegen das baselstädtische Übertretungsrecht (Diensterschwernis) und mehrfacher Übertretung der Covid-19-Verordnung 2“. Kosten: rund Fr. 4'000 Busse plus Bewährungsstrafe.

Und die Repressionsspirale drehte sich weiter. Trotz Versammlungsverbot wollten es sich einige hundert Aktivist*innen nicht nehmen lassen, ihre Anliegen am ersten Mai auf die Strasse zu tragen, in Kleingruppen und mit Schutzmaske. Die Polizei tolerierte die Demo zunächst, machte aber später Jagd auf Menschen, die an der Demo teilgenommen hatten, und verteilte horrend Bussen. Eine BastA!-Grossrätin, die ebenfalls an der Demo gesichtet worden ist, wurde in den Medien an den Pranger gestellt. Selbst Exponent*innen unserer Bündnispartner SP und Grüne waren sich nicht zu schade, solch „verantwortungsloses“ und „unsolidarisches“ Handeln öffentlich zu tadeln. Da fragt man sich schon, was die eigentlich unter Solidarität verstehen ...

Doch damit nicht genug. Am Jahrestag des Frauenstreiks fanden – bedingt durch die Corona-Massnahmen – an fünf dezentralen Orten kleinere Veranstaltungen statt. Etwa 300 Frauen war dies nicht genug, und sie formierten sich zu einem bunten und lautstarken Demonstrationsszug, der zuerst auf der Mittleren Brücke zum „fraulenzen und queerstellen“ Halt machte, dann weiterzog zur Johanniterbrücke. Hier wurden sie von der Polizei eingekesselt, einzeln abgeführt. Obwohl damals Besammlungen bis zu 300 Personen noch erlaubt waren, erhielten

280 Frauen Bussen wegen Verstosses gegen die Covid-19-Verordnung, gegen 10 angebliche Organisator*innen wurde ein Strafverfahren eröffnet.

Am härtesten traf die Repression aber einige Teilnehmende an der Baselnazifrei-Demo vor zwei Jahren. Obwohl ihnen häufig keine strafbaren Handlungen nachgewiesen werden konnten, wurden sie wegen „Ausübung passiver Gewalt“ (Dabeisein und ein Transparent hochhalten) zu Haftstrafen verurteilt, in einem Fall sogar zu einer unbedingten Gefängnisstrafe. Und eine Solidaritätsdemo vor dem Sitz der Staatsanwaltschaft, die unter dem Motto „Antifaschismus ist kein Verbrechen“, auf ebendiese Prozesse aufmerksam machen wollte, wurde von der Polizei eingekesselt. Welche Folgen das für die Teilnehmenden hat, ist zurzeit noch unklar.

Diese Häufung von Angriffen auf die Demonstrationsfreiheit durch Polizei und Justiz ist äusserst bedenklich. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Menschen durch ungerechtfertigte Strafbefehle und horrenden Bussen von der Wahrnehmung ihrer Grundrechte abgeschreckt werden.

Wohnpolitik: Massenkündigungen noch und noch

Obwohl die Stimmbewölkerung die Wohnschutz-Initiative (2018) deutlich angenommen hat, kam es schon im vergangenen Jahr wiederholt zu Massenkündigungen, ein Trend, der sich im Berichtsjahr unvermindert fortsetzte. Der Mieterverband Basel versuchte, mit einer Moratoriumsinitiative solchem Treiben Einhalt zu gebieten. Die Regierung allerdings erklärte diese Initiative für rechtlich ungültig. Doch damit nicht genug. Der Grosse Rat hat in der Umsetzung der Wohnschutzinitiative deren Anliegen derart verwässert, dass selbst die Initiant*innen die Gesetzesvorlage ablehnten. In der Volksabstimmung obsiegte dann aber die grossrätliche Vorlage knapp, was für die künftige Wohnpolitik in Basel nichts Gutes verspricht. Es geht dabei nicht nur um unzählige Einzelschicksale, auf dem Spiel steht auch die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie. Was nützt es, an der Urne einer Initiative für einen besseren Mieterschutz zuzustimmen, um dann zu erleben, dass es weitergeht wie gehabt, oder sogar noch schlimmer?!

Hafenbecken 3

BastA! und jgb haben als einzige, im Parlament vertretene Parteien die Nein-Parole zum Hafenbecken 3 beschlossen. Neben dem ökologischen Argument, dass ein wegen seiner pflanzlichen und tierischen Artenvielfalt äusserst wertvolles und

daher unter Schutz stehendes Trockenareal geopfert werden soll, ohne dass bisher vergleichbare Ersatzflächen gefunden werden konnten, spielten für uns auch andere Überlegungen eine Rolle. Der Ausbau des Hafens folgt einer ökonomischen Wachstumslogik, die angesichts der Klimakrise kaum zukunftsweisend sein kann. In der Abstimmung haben die Befürworter*innen des Hafensbeckens obsiegt und damit eine erste Hürde genommen. Ob das Projekt jedoch tatsächlich realisiert wird, steht damit noch nicht fest. Wir bleiben am Ball.

2.2 Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr beteiligten wir uns an sieben Vernehmlassungen zu sehr unterschiedlichen Bereichen, angefangen vom Jagdgesetz und der Ordnungsbussenliste für das Übertretungsstrafgesetz bis hin zu sehr klassischen BastAI-Themen wie dem ÖV-Programm, dem NAV für das Hauspersonal, der Motorfahrzeugsteuer oder dem Beschaffungswesen. Insbesondere bei der Motorfahrzeugsteuer und beim Beschaffungswesen zeigte sich, dass Nachhaltigkeitsziele in kapitalistischen Rastern verortet werden und so soziale Komponenten in den Hintergrund geraten. In unseren Antworten haben wir auf soziale und ökologische Kriterien hingewirkt und kapitalistische Regulierungsmechanismen, die nicht den Bedarf, sondern die Bezahlbarkeit ins Zentrum stellen, kritisiert. Auch die Vernehmlassung des Kantonalen Bedrohungsmanagements war ein Spagat zwischen notwendigem Opferschutz und sehr weiträumigen polizeilichen Massnahmen gegen potenzielle Täter.

2.3 Veranstaltungen

Im Januar, also noch vor den Corona-Massnahmen, organisierten wir ein "Haus der Politik" zum Thema Rheinhäfen, natürlich vor dem Hintergrund der Abstimmung über das Hafensbecken 3. Die Problematik wurde von den geladenen Referenten aus unterschiedlicher Perspektive beleuchtet. Die Veranstaltung war gut besucht. Aus dem Publikum meldeten sich auch Vertreter der Vereinigung der Schifffahrer zu Wort, die den Hafenausbau ebenfalls ablehnten.

Im Februar organisierten wir gemeinsam mit den demokratischen JuristInnen Basel, der SYKP und dem Bündnis kurdischer Frauen eine Veranstaltung zur Pressefreiheit in der Türkei mit dem Journalisten Max Zirngast.

Bereits unter den Corona-Bedingungen, also mit entsprechendem Schutzkonzept, fand am 30. August ein zweites „Haus der Politik“ statt. Thema: Neues Normal – Kapitalismus, Krise und Corona. Hier gaben BastAI-Mitglieder Einblicke, wie die Corona-Pandemie ihren persönlichen, beruflichen und politischen Alltag verändert

hat, und welche Schlüsse sie daraus gezogen haben. Die Veranstaltung war ein erster Schritt in Richtung Aufarbeitung dessen, was uns alle im vergangenen Jahr arg durcheinandergewirbelt hat und es immer noch tut.

Daneben gab es kleinere zumeist digitale Aktionen wie die Teilnahme an einer Online-Demonstration der SYKP, dem March against Syngenta, Gesundheit ist keine Ware oder der Challenge for future.

2.4 Arbeitsgruppen

Auf Anregung unserer Vertreterin in der Einbürgerungskommission wurde neu die *Arbeitsgruppe Migration* ins Leben gerufen. Die AG beschäftigte sich schwerpunktmässig mit dem Einbürgerungsverfahren in Basel. Insbesondere interessierte die Frage, wie viel offene oder versteckte soziale und ethnische Diskriminierung in dem Einbürgerungsprozedere steckt, und ob die Befragung nicht Grundrechte wie das Recht auf Privatsphäre verletzt, wenn etwa nach dem Freizeitverhalten der Einbürgerungswilligen gefragt wird, in welchen Vereinen sie aktiv sind, ob sie auch mit Einheimischen Kontakt haben etc. Pierre-Alain wird nun im Bürgergemeinderat mit einer Interpellation anregen, das Basler Einbürgerungsverfahren durch eine externe Stelle auf eben solche Fragen überprüfen zu lassen.

AG Bildung

Die Arbeitsgruppe befasste sich in diesem Jahr vor allem mit einer Diskussion um die Lehrmittelfreiheit. Angeregt durch Widerstand gegenüber dem Französisch-Lehrmittel zeigte sich bei der Diskussion, dass nicht die Lehrmittel das Problem sind, sondern Selektionsmechanismen im Bildungssystem, die sinnvolles, gemeinschaftliches Lernen erschweren.

AG Struktur

Die Arbeitsgruppe Struktur beschäftigte sich bereits 2019 mit der Frage, wie wir unsere Mitglieder besser in die Parteilarbeit aufnehmen. Dazu sollte es einen Workshop und eine Statutenänderung geben. Aufgrund der Corona-Situation wurde diese Diskussion mehrmals verschoben und nun im 2021 weiter geführt.

2.5. Was sonst noch geschah

BastA! hat ein Corona-Papier verabschiedet. Die Pandemie und die damit verbundenen Massnahmen haben die Widersprüche des kapitalistischen Gesellschaftsmodells besonders krass zum Vorschein gebracht. Deutlich wurde

aber auch, was alles machbar ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist, oder vielleicht eher, wenn die Not dazu zwingt. Neoliberale Rezepte wie die Austeritätspolitik, Schuldenbremse etc. wurden in der Krise plötzlich als untauglich befunden, regulierendes staatliches Eingreifen allseits begrüsst. Das Papier ist ein erster Schritt, die Pandemie-Erfahrung gedanklich zu ordnen und Schlüsse daraus zu ziehen. Ein Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist.

Während des ersten Lockdowns starteten wir eine Petition zur Wiederöffnung der Familiengärten auf französischem Grund, da den Familiengartenbesitzer*innen hier der Zutritt verwehrt wurde.

Darüber hinaus arbeiten wir gemeinsam mit Grundrechte.ch und anderen Akteuren an der Frage der Fichierung. Ende 2019 übte auch die GPDel Kritik an der Fichierungspraxis des Nachrichtendienstes des Bundes. Wir reichten also 2020 erneut Einsichtsgesuche ein. Die volle Akteneinsicht bleibt uns zum aktuellen Zeitpunkt verwehrt.

2.6 Mitgliederentwicklung

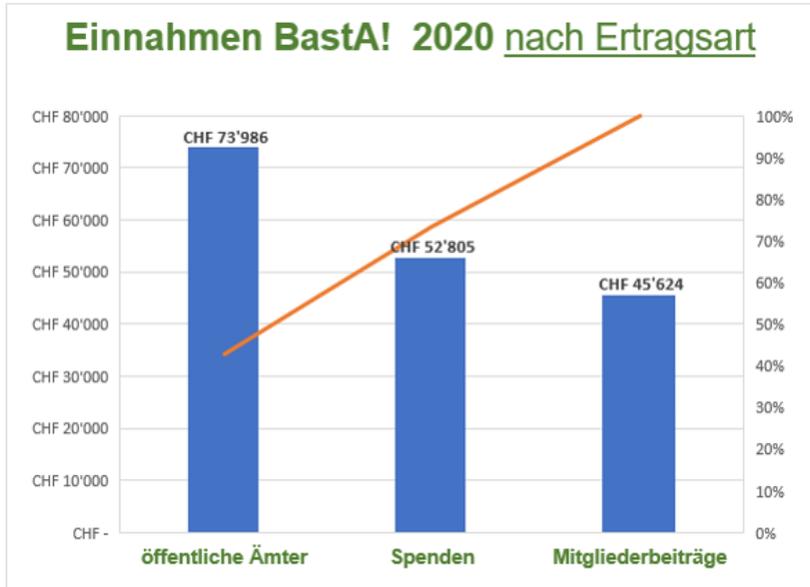
Wir konnten im Berichtsjahr 14 Neumitglieder begrüssen und mussten 5 Austritte zur Kenntnis nehmen. Daneben haben wir auch dieses Jahr die Datenbank bereinigt.

2.7 Finanzen

Der budgetierte Gewinn von Fr. 2'900 konnte mit einem Ergebnis von Fr. 5'340 leicht übertroffen werden.

Den Gesamtaufwendungen von rund 202'000 (Personal mit Mehraufwand Wahljahr, Raum und übriger Aufwand mit Mehraufwand Wahljahr) standen Erträge von rund 207'600 (Mandatsabgaben, Mitgliederbeiträge und, aufgrund des Wahljahres bedeutend höheren Spenden) gegenüber.

Auch im Jahr 2020 zeigt die Grafik deutlich, dass BastA! neben den unverzichtbaren Mitgliederbeiträgen und Spenden mit 45% den Abgaben unserer Mandatsträgerinnen und -Träger gespiesen wird.



Für das Jahr 2021 budgetiert BastA! wie üblich realistisch aufgrund des Ergebnisses 2020. Natürlich unter Berücksichtigung, dass wir uns nicht in einem Wahljahr befinden. Ziel ist es einen ausgeglichenen Abschluss zu erreichen unter gleichzeitigem Forcieren unserer politischen Aktivitäten in einem Nicht-Wahljahr.

Die Transparenzinitiative fordert die Offenlegung der Parteieinkünfte. Auch dieses Jahr kommen wir dieser, der Demokratie dienenden Aufforderung nach.

Neben Parteieinnahmen und einer groben Aufschlüsselung legen wir auch die Spenden von Privatpersonen offen, die eine Höhe von CHF 5'000 pro Kalenderjahr übersteigen. Spenden unter CHF 5'000 werden summarisch dargestellt.

2020:

Spenden allgemein: (keine über Fr. 5'000)	14'844.55	
Spenden Wahlen Allgemein	50.00	
Spenden Wahlen grosser Rat: (keine über Fr.5'000)	13'539.30	
Spenden Wahlen Regierungsrat (1 Spende von 6'000)	24'371.00	
Total Spendeneinnahmen:	52'804.85	30.6%
Weitere Einnahmen BastA! 2020		
Mandatsabgaben:	73'986.45	42.9%
Grosser Rat	54'960.45	
Gerichte	14'341.00	
Schulen	1'160.00	
Bürgergemeinderat	3'525.00	
Mitgliederbeiträge	45'624.00	26.5%
Total Einnahmen	172'415.30	100.0%

Auch in diesem Jahr ein Dankeschön an unsere beiden RevisorInnen, Regula Hofer und Urs Thrier für die kompetente Unterstützung!

Hansjörg Fasnacht, Kassier BastA!

3 RÜCKBLICK AUF DAS GROSSRATSJAHR 2020

Umzug in die Messe

Corona hat 2020 auch den Grossratsbetrieb geprägt. Die zweite März-Sitzung wurde kurzfristig abgesagt, weil der Saal im Rathaus zu klein für die notwendigen Abstände ist. Im April sind wir vom altherwürdigen Grossratssaal mit den vielen Wandbildern in einen sterilen Saal der Messe gezogen. Die neue Situation prägte auch die Stimmung. Die Voten werden nun am Platz gehalten und nicht mehr von vorne dem Publikum entgegen. Ich komme mir immer noch komisch vor, wenn ich an Hinterköpfe heran rede. Hinzu kommt, dass die wichtigen Gespräche im Vorraum fehlen. Abstand und Maske erschweren vertrauliche Gespräche. Aber immerhin arbeitet der Grosse Rat weiter.

Corona Hilfen

Logischerweise beschäftigten wir uns auch inhaltlich stark mit Corona und beschlossen diverse Corona-Hilfspakete. Ein besonders wichtiges, nämlich das sogenannte 3/3-Modell wäre ohne das Engagement von Beat nicht zustande gekommen. Dank seinen beiden Motionen und der mit grossem Aufwand erreichten breiten Abstützung, zahlt der Kanton während den beiden Lockdowns ein Drittel der Geschäftsmiete, wenn der*die Vermieter*in auf einen Drittel der Miete verzichtet. Dadurch müssen Betriebe, die wegen Corona massive Einnahmeausfälle haben, nur noch einen Drittel der Miete bezahlen. Neben Restaurants sind das insbesondere auch kulturelle oder soziale Einrichtungen.

Besonders schwer trifft die Pandemie Menschen, die von vornherein unter prekären Bedingungen lebten. Menschen, die keine finanziellen Reserven haben, um eine Corona bedingte Arbeitslosigkeit zu überstehen. Viele der besonders schutzbedürftigen Menschen haben einen Migrationshintergrund und keinen gesicherten Aufenthalt in der Schweiz. Oliver und Tonja, wollten deshalb den Zugang zur Sozialhilfe für Alle ermöglichen, in dem der Datenaustausch zwischen der Sozialhilfe und dem Migrationsamt während der Krisenzeit gestoppt wird. Denn aufgrund des Datenaustauschs droht der Entzug der Aufenthaltsbewilligung oder bei Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus eine automatische Ausweisung aus der Schweiz. Die bürgerliche Mehrheit lehnte die Motion ab. Immerhin unterstützt der Regierungsrat den Nothilfefonds für Sans-Papiers, der von der Anlaufstelle für Sans-Papiers verwaltet wird.

Corona schaffte nicht nur neue Probleme, sondern legte auch eine Lupe auf bestehende. Z.B. auf die stressigen Arbeitsbedingungen in Alters- und Pflegeheime und den Mangel an qualifizierten Pflegefachkräften. Oliver Bolliger wollte mit einer Motion für Verbesserungen sorgen, diese wurde jedoch von der knappen bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Geschlossene Grenzen

Als im Frühling 2020 die Grenzen geschlossen wurden, war das ein Schock. Familien, Freund*innen und Paare konnten sich nicht mehr sehen und der Zugang zu den Schrebergärten auf französischem Boden wurde geschlossen. Der Rückfall in die nationale Abschottungspolitik, war aber auch deshalb so bedenklich, weil er aus virologischer Sicht keinen Sinn macht. Noch während dem Lockdown lancierte Tonja deshalb eine Standesinitiative zur Öffnung der Grenzen. Aufgrund der übervollen Traktandenlisten wurde diese erst im Februar 2021 definitiv beschlossen, mitten im zweiten Lockdown.

Während für die meisten in Basel lebenden Menschen geschlossene Grenzen zum Glück etwas Ungewohntes sind, sind sie für Menschen ausserhalb der Festung Europa eine tödliche Normalität. Immer wieder gelangen Bilder der Lager an Europas Grenzen zu uns, die überflutete Zelte, hungernde und frierende Menschen, Polizeigewalt und miserable hygienische Bedingungen zeigen. Während sich viele Städte und Kantone längst bereit erklärt haben, Menschen aus den katastrophalen Lagern aufzunehmen, weigern sich das SEM und seine oberste Chefin Karin Keller-Sutter weiterhin. Oliver Bolliger hat deshalb die Standesinitiative zur Aufnahme von Menschen aus den Asyllagern Griechenlands eingereicht, die anfangs 2021 ebenfalls überwiesen wurde. Zudem reichte Oliver eine Motion zur würdigen Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehenden Asylsuchenden, ein, zu der der Regierungsrat nun berichten muss.

Wohnschutz Paket & Recht auf Wohnen

2020 wurde über die Umsetzung der 2018 angenommenen Wohnschutzinitiative und des Rechts auf Wohnens entschieden. Nachdem der Regierungsrat eine mangelhafte Umsetzung der Wohnschutzinitiative vorgeschlagen hat, arbeitete die linke Hälfte Bau- und Raumplanungskommission unter starker Mitwirkung unserer Fraktion einen Vorschlag mit umfassenden Verbesserungen aus. Die rechte Hälfte verweigerte sich von Anfang an dieser Diskussion und wollte die Vorlage der Regierung noch verschlechtern. Im April wurden in einer mehrstündigen Monsterdebatte alle Verbesserungen abgelehnt und ein Nicht-Wohnschutz-Gesetz

beschlossen, dass nur für eine Minderheit gilt und selbst dieser keinen wirksamen Schutz bietet. Das Gesetz wurde im November in einem Zufallsentscheid mit äusserst knappen 56 Stimmen Unterschied angenommen. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen. Eine Initiative zu einer echten Umsetzung des Wohnschutzes wurde bereits eingereicht.

Etwas besser ist es bei der Umsetzung von Recht auf Wohnen gegangen. Der Grosse Rat beschloss eine Stiftung für preisgünstigen Wohnraum zu schaffen und mit 35 Mio. zu finanzieren. Bis 2030 können damit etwa 250 Wohnungen geschaffen werden, was zwar alleine nicht reicht, um die Wohnungsnot zu lösen und das Recht auf Wohnen umzusetzen. Aber es ist ein wichtiger Schritt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass darüber hinaus Immobilien Basel-Stadt – der immerhin 2000 Wohnungen gehören – Verantwortung übernimmt und bei neuen Überbauungen mindestens die Hälfte des Wohnraums gemeinnützig und bezahlbar realisiert wird.

Unser Vorstosspaket für mehr gemeinnützigen Wohnraum und gegen den Missbrauch von energetischen Sanierungen, die zu überteuerten Mieterhöhungen führen können, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Aber wir blieben und bleiben dran.

Weitere wichtige Entscheide

Dank der Annahme der Topverdienersteuer müssen Personen mit sehr hohen Einkommen (mehr als 200'000 als Einzelperson bzw. mehr als 400'000 bei Paaren) etwas höhere Steuern bezahlen. Die Bürgerlichen wollten als Reaktion auf diesen Entscheid der Stimmbevölkerung die Besteuerung von Dividenden weiter senken. Obwohl man heute schon weniger Steuern zahlt, wenn man mit Geld anlegen mehr Geld verdient als wenn man arbeitet, wollten sie weitere Steuergeschenke im Umfang von 23 Millionen verteilen. Für einmal hatten wir Glück: Weil viele Bürgerliche abwesend waren, konnten wir die Steuersenkung versenken.

Im Zusammenhang mit dem Klimanotstand ist im Grossen Rat wenig passiert. Wir warten noch immer auf die Umsetzungsvorschläge der Regierung zur Anpassung der kantonalen Klimapolitik an die Beschlüsse des Pariser Abkommen, zur Einführung einer Klimafolgenabschätzung für klimarelevante Geschäfte und zur Erarbeitung eines verbindlichen Massnahmenplans zur Klimaanpassung. Immerhin wurden bei mehreren Projekten kleine Verbesserungen für das Klima erzielt (z.B. mehr Bäume und weniger Parkplätze beim Rosenturm). Der grösste Erfolg konnten wir an der Urne feiern: Die Stimmbevölkerung lehnte im Februar die beiden Auto-Lobby-Initiativen ab und nahm eine Gesetzesänderung an, dank der

bis spätestens 2050 nur noch umweltfreundliche und ressourcensparende Verkehrsmittel fahren dürfen. Jetzt müssen wir nur noch die Jahreszahl auf 2030 ändern 😊

Im Jahr des grossen feministischen Streiks 2019 wurden viele Vorstösse zur weiterhin harzenden Gleichstellung eingereicht. Einige davon kamen 2020 in den Grossen Rat. So wurde unter anderem der Vorstoss von Beatrice Messerli für Projektwochen oder Projekttage an Basler Schulen zum Thema "Sexuelle Gewalt und Selbstverteidigung" und der Anzug betreffend Modul zu gendergerechtem Unterricht in der Ausbildung für Lehrpersonen und der Anzug im Januar gutgeheissen. Eine Mehrheit fand auch die Standesinitiative von Beatrice Messerli zur Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs. Und knapp 50 Jahre nach der Einführung des Schweizer Frauenstimmrechts wurde der von Tonja mitinitiierte Vorstoss für ein kantonales Stimmrecht für Einwohner*innen ohne Schweizer Bürgerrecht angenommen. Voraussichtlich 2022 wird die Stimmbevölkerung über diese wichtige Verbesserung der Demokratie entscheiden.

Viel zu reden gaben schon 2020 der Umgang der Polizei mit Demonstrationen, rassistischen Polizist*innen und Rechtsextremismus. In mehreren Interpellationen stellten Beatrice und Tonja kritische Fragen, die insgesamt wenig befriedigend beantwortet wurden. Immerhin versprach die Regierung konsequent gegen diskriminierende Handlungen von Polizist*innen vorzugehen. Bei der Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle im Zusammenhang mit Polizeieinsätzen stellte sich die Regierung jedoch quer. Trotzdem stimmte der Grosse Rat der Motion von Tonja zu und überwies sie anfangs 2021 definitiv an den Regierungsrat. Dies zwar nur in der abgeschwächten Form des Anzugs, aber bereits das ist in einem bürgerlich dominierten Parlament ein starkes Zeichen gegen diskriminierendes und unverhältnismässiges Vorgehen der Polizei.

Dank dem Budgetpostulat von Beatrice kann das NachbarNet zur gegenseitigen Unterstützung in der Nachbarschaft weiter betrieben werden. Manchmal sind auch diese wenig beachteten Entscheide wichtig – genauso wie die vielen Interpellationen und schriftlichen Anfragen, mit denen die BastA!-Grossrät*innen den Finger auf wunde Stellen legten.

Wahlen

Dank dem super Resultat bei den Grossratswahlen vom 25. Oktober 2020 wächst unsere gemeinsame Fraktion mit den Grünen und dem jgb von 13 auf 18 Mitglieder an. Die Anzahl BastA!-Grossrät*innen wird um 50% grösser. Wir freuen

uns über die Verstärkung der BastA!-Vertretung durch Heidi Mück und Patrizia Bernasconi ab Februar 2021.

Übersicht über 2020 eingereichte Vorstösse (ohne Interpellationen und schriftliche Anfragen)

Oliver Bolliger

- Motion betreffend mehr gemeinnützige Wohnungen dank Immobilien Basel-Stadt
- Motion betreffend sicherer Zugang zur Sozialhilfe-Unterstützung für Alle, die Sistierung von ausländerrechtlichen Sanktionen und die Prüfung der Arbeitsintegrationsmassnahmen
- Standesinitiative betreffend Aufnahme von Menschen aus Griechenland und Auslastung der Asylzentren
- Motion betreffend Arbeitsbedingungen in den Alters- und Pflegeheimen
- Motion betreffend sinnvoller Regulierung von Geldspielautomaten im Kanton Basel-Stadt
- Motion betreffend würdige Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehenden Asylsuchenden

Beat Leuthardt

- Budgetpostulat betreffend JSD, Bevölkerungsdienste und Migration (Basler Adressbuch)
- Motion betreffend faire energetische Sanierungen ohne Verlust von bezahlbaren Mieten (grien saniere statt digg profitiere)
- Motion betreffend faires Bodenrecht (Kauf von geeignetem Boden dank kantonalem Vorkaufsrecht)
- Motion betreffend Mietzins-Hilfen für Basler Kleingeschäfte ("Dreidrittel-Rettungspaket")
- Motion betreffend «ÖV und seine Fahrgäste unterstützen - BVD-Planungskapriolen stoppen» (Kein verschlechterter, verteuerter oder verlangsamter ÖV unter Führung von Mobilitäts- und Tiefbauamt)
- Motion betreffend «Eigentrassee schützen - BVD-Planungskapriolen stoppen» (Kein verschlechterter, verteuerter oder verlangsamter ÖV unter Führung von Mobilitäts- und Tiefbauamt)
- Motion Beat Leuthard und Konsorten betreffend Dreidrittel-Rettungspaket II

Beatrice Messerli

- Anzug Projektwochen oder Projekttage an Basler Schulen zum Thema "Sexuelle Gewalt und Selbstverteidigung"
- Anzug betreffend Modul zu gendergerechtem Unterricht in der Ausbildung für Lehrpersonen
- Motion betreffend Aufhebung der Parkbuchten an der St. Johans Vorstadt 29/33
- Motion betreffend mehr gemeinnützige Wohnungen dank Basler Richtplan
- Standesinitiative betreffend Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs

Tonja Zürcher

- Motion mehr gemeinnütziger Wohnraum dank angemessener Bodenwerte im Wohnbauprogramm 1000 plus
- Standesinitiative betreffend Öffnung der Grenzen
- Anzug betreffend Umnutzung von Strassenflächen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel und der Lebensqualität
- Motion betreffend eine unabhängige Beschwerdestelle

4. BERICHT AUS DEM BÜRGERGEMEINDERAT

Einbürgerungen

Auf den 1.1. 2020 hin senkte die Bürgergemeinde endlich die ordentlichen Einbürgerungsgebühren. Dies, nachdem mit den Einbürgerungen jahrelang Überschüsse generiert worden waren. Zudem wurde ein Beschluss umgesetzt, der auf einen Vorstoss von Bürgerratsrat Pierre-Alain Niklaus zurückgeht: Bei sozialen Härtefällen kann die Einbürgerungsgebühr ganz oder teilweise erlassen werden. Dies betrifft zum Beispiel Personen, die wegen Betreuungspflichten, chronischen Krankheiten, Erstausbildung von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen, oder auch sogenannte Working Pools. Besonders erfreulich ist, dass der Regierungsrat (also der Kanton) in dieser Sache der Bürgergemeinde gefolgt ist, und seinerseits ebenfalls die kantonalen Gebühren gesenkt hat. Es ist nun wichtig, dass diese Informationen zu den betroffenen Menschen gelangt.

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise besteht die Gefahr, dass Migrant*innen, welche die Bedingungen wirtschaftlicher Selbständigkeit, Schulden- und Sozialhilfefreiheit bis im März 2020 erfüllten, wegen Corona (vorübergehend) in die Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe abrutschen, oder (z.B. bei Selbständigen) sich auch kurzfristig verschulden müssen. Die Gefahr ist real, dass sie deswegen erneut Jahre warten müssen, bis sie ein Gesuch um Einbürgerung stellen können. Pierre-Alain Niklaus fragte daher an, ob diese Problematik durch eine temporäre Ausweitung der bestehenden Härtefallregeln aufgefangen werden könnte. Der Bürgerrat antwortete im Sinne, sich der Problematik bewusst zu sein und diese mit den bestehenden Härtefallbestimmungen auffangen zu können. BastA! verfolgt die Lage und ist bereit, bei Bedarf neue Vorstösse einzureichen.

Corona

Pierre-Alain Niklaus reichte im Herbst die Interpellation „Systemrelevante Berufe bei der Bürgergemeinde – Belastung, Lohnniveau, Anerkennung“ ein. Die Bürgergemeinde ist ja mittlerweile ein wichtiger Akteur im Bereich der Alterspflege. Die ausführliche Antwort (abrufbar auf www.bgbasel.ch) zeigt auf, dass die Mitarbeitenden hohen bis sehr hohen Belastungen ausgesetzt sind, das Bürgerspital seine soziale Verantwortung aber offenbar ernst nimmt.

Klimaschutz

Im Herbst 2020 kam die Antwort auf unseren im August 2019 vom Parlament überwiesenen Auftrag für eine Klimaschutzstrategie der Bürgergemeinde. Positiv zu werten ist, dass der Bürgerrat rasch gehandelt hat: Er hat eine umfassende CO₂-Bilanz erstellen lassen und wird nun aufgrund derselben in der nächsten Zeit eine Strategie erarbeiten und wieder in den Bürgergemeinderat bringen. Wirklich Fleisch am Knochen erhält das Ganze aber wohl erst, wenn Massnahmen, Zeithorizonte und Kosten benannt und debattiert werden können. (Und man fragt sich schon: warum erst jetzt? Die Pariser Klimakonferenz ist auch schon wieder 5 Jahre her...)

Pierre-Alain Niklaus, Bürgergemeinderat

5. BERICHT AUS DEM EINWOHNERAT RIEHEN

Als Nachrückender von Marianne Hazenkamp (Grüne) nahm Mike Gosteli am 27. Mai 2020 erstmals an einer Sitzung des Einwohnerrates (ER) Riehen teil. Anders als der Grosse Rat ist das Riehener Parlament fest in bürgerlicher Hand: Die SP-

Fraktion hat acht der 40 Sitze, «Exoten» wie BastA! und die Grünen jeweils einen. Die Ausgangslage war klar. Zentrale BastA!-Themen haben hier einen schweren Stand. Geduld und Frustrationstoleranz werden gefragt sein.

BastA!/Grüne sind in Riehen der EVP-Fraktion angeschlossen, mit der die ER-Sitzungen vorbereitet werden. Als parlamentarischer «Frischling» profitierte Mike Gosteli bei diesen Treffen von den Erfahrungen der routinierten EVP-Abgeordneten und von der Zusammenarbeit mit Conni Birchmeier (Grüne). Eine positive Überraschung war, dass nur bei wenigen Sachgeschäften EVP und BastA!/Grüne wirklich konträrer Meinung waren.

Der «klotzige» Schwerpunkt schlechthin der ER-Sitzungen im 2020 war die geplante Reorganisation der Gemeinde. Das zu Beginn des Jahrtausends eingeführte Steuerungsmodell soll abgelöst werden. Ein anderes zentrales Thema bildete die geplante Überbauung des Stettenfeldes, der grössten Baureserve der Gemeinde. Ob dieses Generationenprojekt zumindest etappiert, ökologisch und mit einem angemessenen Anteil an erschwinglichem Wohnraum umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Neben der Erneuerung diverser Strassenabschnitte und der Linienführung des Öffentlichen Verkehrs wurde im ER immer wieder über Parkplätze, E-Bike-Sharing oder Ranger in den Langen Erlen debattiert. Und selbstverständlich für Riehen kamen auch Steuersenkungen zur Sprache. Aber Riehen ist keine Insel. Corona strapaziert auch hier die Finanzen. Bis 2024 sind im Schnitt jährliche Defizite von rund Fr. 12 Millionen budgetiert. Deshalb wehrte Mike Gosteli sich gegen weitere Steuergeschenke für Familien mit mittleren und höheren Einkommen. Zudem mahnte er im ER zur Vorsicht beim Ausbau mit 5G-Antennen und engagierte sich für das Riehener Trinkwasser.

Als Einwohnerrat wurde Mike Gosteli in die Sachkommission Kultur, Freizeit und Sport (SKFS) gewählt. Immer wiederkehrende Themen waren der «Leistungsauftrag» (Kosten) und das Orts- und Spielzeugmuseum (wird gerade renoviert). Der spannendste Punkt war das geplante Riehener Onlinelexikon, das 2022 aufgeschaltet werden soll. BastA! wird darin einen festen Platz haben.

Mike Gosteli

6. BERICHT AUS DEM NATIONALRAT

Einen Bericht aus dem Nationalrat erhalten BastA!-Mitglieder mit dem nächsten Sessionsbrief von Sibel Arslan.



Rebgasse 1, Postfach
4005 Basel
Tel.: 061 / 691 16 31
sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40-31244-5